

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 07 · 20.12.2010

*Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | Die Zukunft von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität | 11 | Verantwortung in afghanische Hände |
| 03 | Editorial | 12 | Gewerbesteuer stärken |
| 04 | Europa stabilisieren | 12 | Internet-Abzocke bekämpfen |
| 05 | Einstieg in Rente mit 67 verschieben | 13 | Gorleben – gestern und heute |
| 06 | Ausbildungsbonus verlängern | 14 | Cancún nutzen – Konsequenzen ziehen |
| 06 | Überflüssig: Bundesfreiwilligendienst | 14 | Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausbauen |
| | | 15 | „Für Vollbeschäftigung kämpfen“ |
| | | 15 | Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht untergraben |
| | | 16 | Personalien und in eigener Sache |
- Thema: Integration**
- 07 Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik
- Thema: Fachkräftemangel**
- 09 Allianz für Fachkräfte

Die Zukunft von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass wir mit den bisherigen Wachstumsmodellen keinen nachhaltigen Wohlstand erreichen. Das durch Finanzspekulation getriebene Wachstum ist wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Es ist breiter Konsens, dass unser seit Jahrzehnten auf verschwenderischen Ressourcenverbrauch basierendes wirtschaftliche Wachstum die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkel ruiniert. Die notwendige Suche nach einem neuen Fortschritt muss politisch begleitet werden. Hierfür benötigen wir Handlungsempfehlungen. Diese soll eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages erarbeiten.



Fortschritt ist mehr als nur BIP-Wachstum

Fortschritt muss neu definiert werden. Es kann nicht länger sein, dass die Lebensqualität der Menschen weiterhin mit dem ökonomischen Produktionsniveau gleichgesetzt wird. Lange Zeit galt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Gesamtwert aller innerhalb einer Volkswirtschaft hergestellten Waren und Dienstleistungen, als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen, die in dieser Volkswirtschaft leben. Das BIP ist jedoch ein unzureichender Indikator für das Wohlergehen der Menschen. Deshalb gilt es einen neuen Wohlstands- bzw. Fortschritts-Indikator zu entwickeln, der auch den Aspekten individueller Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit, Umwelt, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe Rechnung trägt.

Konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik entwickeln

Aufgabe der Enquête-Kommission ist es, eine Bestandsaufnahme bisheriger Maßstäbe von Wachstum und Fortschritt bzw. Wohlstand sowie ihrer Defizite vorzunehmen. Darauf aufbauend soll sie die zentralen Dimensionen von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt definieren und ihre Einflussfaktoren bestimmen.

Ein neues Leitbild von einem Wirtschaften, das ökonomische Stärke, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Teilhabe vereint, wird weder allein durch wissenschaftliche Erkenntnis noch durch politische Verordnung im Handeln von Menschen und Gesellschaften verankert. Neues Wirtschaften braucht grundlegende, gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Die Enquête-Kommission soll diese kulturellen Dimensionen erforschen und Vorschläge erarbeiten, um die notwendigen gesellschaftlichen Debatten und Veränderungen, auch durch politische Rahmensetzungen, zu befördern.

Die Enquête-Kommission soll aus den gewonnenen Erkenntnissen und Leitideen konkrete Handlungsempfehlungen für die nationale, europäische und internationale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entwickeln. Sie soll Schritte hin zu einem neuen Wirtschaften definieren, das ökonomische, ökologische und soziale Zielvorstellungen in Einklang bringt. Gleichzeitig soll die Kommission aufzeigen, wie grundlegende Änderungen im Bewusstsein einzelner und im individuellen Lebensstil angestoßen werden können, die das gesellschaftliche Konsumverhalten insgesamt nachhaltiger machen.

Unsere Kommissionsmitglieder

Der Enquête-Kommission werden siebzehn Mitglieder des Deutschen Bundestages und siebzehn Sachverständige angehören. Davon besetzt die SPD-Fraktion acht Mitglieder, je vier Abgeordnete und Sachverständige. Als Abgeordnete sind Daniela Kolbe (designierte Vorsitzende der Enquête-Kommission), Peter Friedrich (Sprecher der Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion), Ingrid-Arndt-Brauer und Oliver Kaczmarek von der Fraktion gewählt worden.

Als Sachverständige wurden Prof. Dr. Hendrik Enderlein, Hertie School of Governance, Dietmar Hexel, DGB-Bundesvorstand, Michael Müller, Staatssekretär a.D. und Prof. Dr. Gert Wagner, TU Berlin, benannt.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir haben ein Jahr harter Oppositionsarbeit hinter uns und es liegt auch ein weiteres arbeitsreiches Jahr vor uns. Wir werden zahlreiche Landtagswahlkämpfe bestreiten und im Bundestag immer wieder an die Verantwortung der Regierung appellieren müssen. Letzteres ist notwendiger denn je. Deutschland braucht einen sozialdemokratischen Wächter. Denn CDU, CSU und FDP büren Deutschland eine schwere Last für das kommende Jahr auf. Schon heute zeigt sich das ganze Ausmaß der schwarz-gelben Hypothek für 2011:

Eine faustdicke Nettolüge, mit der Merkel den Bürgerinnen und Bürgern weismachen will, sie würden entlastet. In Wahrheit müssen sie draufzahlen. Denn durch die Anhebung des Pauschalbetrages von 920 auf 1000 Euro profitiert ein Bürger bestenfalls in Höhe von drei Euro pro Monat. Allein die Anhebung des Beitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung aber kostet durchschnittlich jeden Arbeitnehmer 7,50 Euro im Monat. Insgesamt werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein durch die Gesundheitsreform mit zusätzlich drei Milliarden Euro belastet. Normalverdiener müssen durch die Erhöhung der Tabaksteuer (200 Millionen) und die Flugticket-Abgabe (1 Milliarde) noch mehr zahlen. Zieht man die 600 Millionen Euro durch Steuervereinfachungen ab, bleiben immer noch 3,6 Milliarden Euro zusätzliche Kosten. Die Bürger werden also nicht entlastet, sondern belastet.

Eine dreiste Hartz-IV-Lüge, mit der von der Leyen glauben machen will, sie gebe mehr Geld für Langzeitarbeitslose und deren Kinder. In Wahrheit streicht sie zum nächsten Jahr nicht nur den Rentenversicherungsbeitrag und das Elterngeld für Langzeitarbeitslose. Die Koalition kürzt in Zukunft immer massiver bei Eingliederung und Vermittlung in Arbeit: Im Jahr 2011 werden hier zwei Milliarden Euro gestrichen.

Eine Pisa-Lüge, mit der Schwarz-Gelb sich für die Verbesserungen Deutschlands feiert, aber verschweigt, dass Pisa 2009 die Erfolge des rot-grünen Ganztagschulprogramms spiegelt. In Wahrheit sind diese Errungenschaften jetzt wieder gefährdet, weil Schwarz-Gelb den Ausbau der Bildungsinfrastruktur verhindert.

Außenpolitisch gefährdet schwarz-gelb die europäische Einheit. Von der Bundesregierung kam über viele Monate hinweg kein substanzieller Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen zu begegnen. Es gab keinerlei Signal an die Märkte, dass der Bestand des Euro und die Integrität des Euro-Raums außer Zweifel stehen. Stattdessen hörten wir nationalpopulistische Töne.

Wir brauchen jedoch klare unmissverständliche Worte Richtung Europa: für eine Beteiligung der Finanzbranche an der Krisenbewältigung, eine Finanztransaktionssteuer und eine Beteiligung der privaten Gläubiger. Wir brauchen regulierte Finanzmärkte. Ungedeckte Leerverkäufe von Aktien und Staatsschuldtiteln der EU-Mitglieder müssen verboten werden. Vor allem erfordert eine langfristige und dauerhafte Stabilisierung des Euro-Raums eine stärkere Koordinierung der nationalen Steuerpolitik, um Steuerflucht und Steuersenkungswettbewerb zu begegnen.

Wir Sozialdemokraten werden im Januar auf unseren Klausuren weitere Inhalte für 2012 feststecken und der konzeptionellen Arbeit im Bundestag viel Kraft widmen.

Ich wünsche Euch allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.

In diesem Sinne,

Euer



Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Europa stabilisieren

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat vor der Europäischen Union nicht Halt gemacht. Unregulierte Finanzmärkte sind eine Hauptursache der Krise und haben immer weiter zu deren Verschärfung beigetragen.

Europa steht vor einer historischen Aufgabe. Es geht um die Zukunft der gemeinsamen Währung. Mehr noch: Es geht um die Zukunft des gemeinsamen europäischen Projekts. Deutschland braucht den Euro – ebenso wie Europa. Ohne den Euro wären die negativen Auswirkungen der Finanzkrise noch stärker ausgefallen. Die Staaten der Euro-Zone sind längst eine Schicksalsgemeinschaft, sie sind untrennbar miteinander verbunden. Eine wirksame und nachhaltige Stabilisierung der Euro-Zone muss daher weiterreichende Regulierungsschritte für Finanzmärkte enthalten.

Europa braucht eine gemeinsame Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die zuletzt mit Irland gemachten Erfahrungen zeigen einerseits, dass die bestehenden Mechanismen für die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken innerhalb der Europäischen Union längst nicht mehr ausreichen. Andererseits wird deutlich, wohin es führt, wenn es in Europa einen Dumpingwettbewerb um niedrige Steuern und niedrige Sozialausgaben gibt. Auf Dauer ist ein Währungsraum ohne politische Union nicht denkbar. Der Weg zur politischen Union erfordert in Europa klare Regeln, eine solide Haushaltspolitik sowie Mindeststandards für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

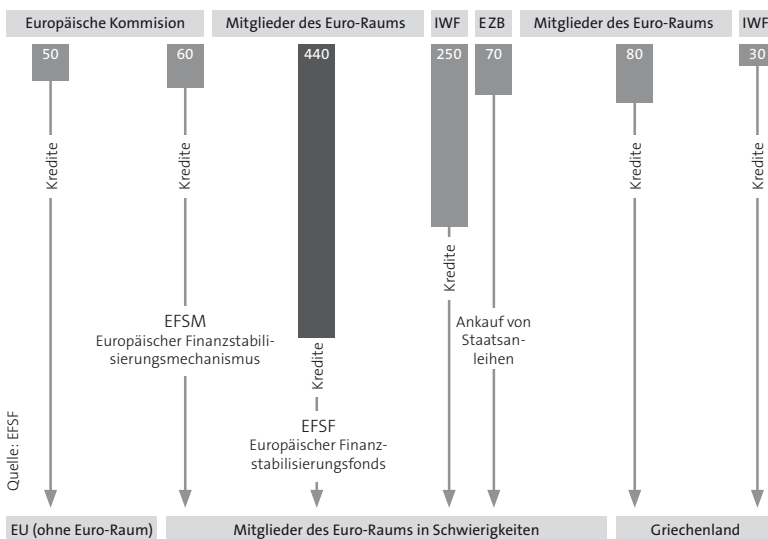
Fehlentwicklungen im Vorfeld korrigieren

Zwingend notwendig sind frühzeitiges und zügiges Handeln, um Verunsicherungen und Spekulationen zu verhindern. Wiedererlangtes Vertrauen in die Europäische Union und in die nachhaltige Stabilität des Euros erfordern vor allem mehr Kooperation und gegenseitige präventive Hilfe, Fehlentwicklungen sind folglich gemeinsam im Vorfeld zu korrigieren. Die Bundesregierung hat hier bislang enttäuscht. Anstatt ein kräftiges Signal und eine mutige Antwort zu geben, lässt sich die Bundeskanzlerin von leeren Hoffnungen leiten. Erforderlich ist ein umfassender Ansatz, der im Kreise der Partnerländer auch Zustimmung findet. Deutschland ist bislang unter Bundeskanzlerin Merkel nicht als starker Motor in Erscheinung getreten. Der von ihr als politische Sanktion gedachte vorgeschlagene Entzug des Stimmrechts für Haushaltsdefizitsünder hat im Kreise der Staats- und Regierungschefs zu Recht keine Mehrheit gefunden. Durch ihr zögerliches Verhalten im Frühjahr 2010 mit Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wurden auf europäischer Ebene schnelle und wirksame Anti-Krisen-Maßnahmen lange blockiert. Dies hat zu einer Verstärkung von Spekulationsswellen gegenüber Griechenland und dem Euro geführt.

Keine „Transferunion“? Merkels Lebenslüge

Mittel zur Rettung des Euro durch EU-Staaten: 630 Milliarden Euro (ohne Anteil an IWF-Hilfen)

In Milliarden Euro



Gläubiger sollen Kosten der Krise mittragen

Ein ständiger Krisenlösungsmechanismus ist zwingend erforderlich, dieser muss über den aktuellen Rettungsschirm, der im Mai 2013 auslaufen wird, hinausgehen. Aber finanzielle Hilfen werden alleine nicht ausreichen, um Gefährdungen der Stabilität und Integrität des Euro-Raums nachhaltig entgegen zu treten und neues Vertrauen langfristiger Investoren zu schaffen. Daher sind private Gläubiger in jedem Fall in einen Umschuldungs- und Restrukturierungsmechanismus einzubeziehen. Die Risiken dürfen nicht länger nur auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewälzt werden. Dies darf nicht zu massiven Einschnitten beim Lebensstandard oder bei öffentlichen Leistungen führen. Insbesondere Maßnahmen, die die Absenkung von Mindestlöhnen oder die Kürzung von notwendigen Sozialleistungen vorsehen, widersprechen den Vorstellungen zum Aufbau eines sozialen Europas und den Merkmalen einer sozialen Marktwirtschaft.

Einstieg in Rente mit 67 verschieben

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht die Voraussetzungen für einen Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters im Jahr 2012 nicht gegeben. Zwar hat die Anzahl älterer Erwerbstätiger in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, dennoch ist der Anteil der 60 bis 64-Jährigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, mit 23,4 Prozent im Jahr 2009 zu gering. Grundsätzlich hält die SPD an der Rente mit 67 fest. Um langfristig ein höheres Renteneintrittsalter erreichen zu können, muss jedoch die Quote der 60 bis 64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf mindestens 50 Prozent erhöht werden.

Aus gutem Grund haben wir 2007 in der Großen Koalition darauf bestanden, dass der Beginn der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters mit der Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer verknüpft ist. Schwarz-Gelb redet sich die Zahlen schön und drückt sich vor der Tatsache, dass allein die Anhebung der Regelaltersgrenze nicht sicherstellt, dass die Beschäftigten das Renteneintrittsalter auch erreichen.

Rente mit 67 bleibt notwendig

Langfristig bleibt die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial- und wirtschaftspolitisch notwendig. Bei einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, bei einem späteren Eintritt von jungen Menschen ins Arbeitsleben und weil immer mehr Ältere immer weniger Jüngeren gegenüberstehen, kann so die gesetzliche Rentenversicherung als Grundlage der Altersvorsorge gestärkt werden.

Gesamtkonzept zur Begleitung der Anhebung des Renteneintrittsalters

Mit unserem Antrag „Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen: Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ haben wir der Regierung anlässlich des ersten Überprüfungsberichts zur Anhebung der Regelaltersgrenze konkrete Anforderungen für ein Gesamtkonzept vorgelegt.

Anhebung des Renteneintrittsalters verschieben

Wir sprechen uns dafür aus, den Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters zu verschieben und erneut 2014 die Beschäftigungssituation der 60 bis 64-Jährigen zu prüfen. Unser Ziel ist ein nahtloser Übergang aus dem Arbeitsleben in eine Rente ohne Abschläge als Regelfall.

Bessere Arbeitsbedingungen für Ältere schaffen

Die Arbeitssituation für ältere Beschäftigte muss verbessert werden. Das heißt, es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zum einen den gesundheitlichen Verschleiß reduzieren (altersgerechtes

Arbeiten) und zum anderen das spezifische Leistungsvermögen Älterer oder erwerbsgeminderter Menschen berücksichtigen (altersgerechtes Arbeiten). Um gute Lösungen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu entwickeln, soll die Bundesregierung die Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Stiftungen, gesetzlicher und privater Krankenversicherung, gesetzlicher Renten- und Unfallversicherung und der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Kommunen voran treiben.

Für ein längeres Arbeitsleben müssen die Beschäftigten auch durch Fort- und Weiterbildung befähigt werden. Hier gilt es, mehr zu investieren und dazu u.a. die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter zu entwickeln.

Die Arbeitsmarktpolitik muss gestärkt werden, um mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen. Dazu soll die Bundesregierung die geplanten Kürzungen und Verschlechterungen bei der Förderung von Arbeitsuchenden und vor allem von Langzeitarbeitslosen zurücknehmen. Es muss verhindert werden, dass ältere Langzeitarbeitslose gegen ihren Willen in eine Rente mit Abschlägen verwiesen werden, wenn sie die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

Übergang in Rente flexibel gestalten

Nicht alle Beschäftigten werden gesundheitlich in der Lage sein, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze zu arbeiten. Deshalb müssen die Übergänge in die Rente flexibel gestaltet werden. Dazu gilt es, die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit fortzusetzen. Ab dem 60. Lebensjahr soll neben einer verkürzten Arbeitszeit eine Teilrente bezogen werden können. Außerdem muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass bei belastenden Tätigkeiten durch Zusatzbeiträge Abschläge bei einer vorgezogenen Rente vermieden werden können. Diese können von den Rentenversicherten, den jeweiligen Arbeitgebern und auch von tariflichen oder betrieblichen Fonds gezahlt werden.

Ausbildungsbonus verlängern

Um mehr jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung zu geben, hat die SPD vor drei Jahren den sogenannten Ausbildungsbonus durchgesetzt. Mit diesem arbeitsmarktpolitischen Instrument werden Jugendliche und junge Erwachsene gefördert, die es ohne zusätzliche Unterstützung schwer haben, eine Lehrstelle zu finden. Union und FDP wollen die Förderung Ende 2010 auslaufen lassen. Die SPD setzt sich in einem aktuellen Antrag dafür ein, den Ausbildungsbonus um weitere drei Jahre zu verlängern.

Um Jugendlichen, die schon lange vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen, gezielt unter die Arme zu greifen, hat der Deutsche Bundestag 2008 auf Initiative der SPD den Ausbildungsbonus beschlossen. Die Förderung in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro können Arbeitgeber erhalten, wenn sie zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze einrichten und förderungsbedürftige Jugendliche einstellen. In der Wirtschaftskrise hat der Bundestag die Förderung auf Auszubildende ausgeweitet, die ihren

Ausbildungsplatz durch Insolvenz verloren haben. Bis September 2010 konnten so mehr als 40.000 junge Menschen gefördert werden.

Geht es nach dem Willen von Union und FDP soll damit nun Schluss sein: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat angekündigt, die Förderung nicht über Ende 2010 hinaus zu verlängern. Lediglich die sogenannten Insolvenzauszubildenden sollen weiter gefördert werden können.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Ziel einer echten, chancenorientierten Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik muss es sein, klare Rechtsansprüche für junge Menschen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Daher fordern wir in einem aktuellen Antrag, die Förderung fortzuführen und den Ausbildungsbonus um drei weitere Jahre zu verlängern. Der Ausbildungsbonus hilft, keinen Jugendlichen zurückzulassen und die Fachkräftebasis zu sichern.

Überflüssig: Bundesfreiwilligendienst



Das Freiwillige soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) sind beliebt, bewährt und erprobt. Zigtausende junge Menschen bewerben sich Jahr für Jahr, um freiwillig einen Dienst an der Gemeinschaft zu erbringen. Davon profitieren alle: Die jungen Menschen können sich persönlich und beruflich orientieren. Und unsere gesamte Gesellschaft wird ein bisschen menschlicher und wärmer.

Mit dem Wegfall von Wehrpflicht und Zivildienst ergäbe sich jetzt die Chance, konsequent diese Jugendfreiwilligendienste und damit die Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Doch die zuständige Ministerin Schröder will stattdessen mit einem neuen Bundesfreiwilligendienst die Lücke füllen, die der Zivildienst ab 2011 hinterlässt. Diesen neuen Dienst sehen wir sehr kritisch. Denn die Ministerin vertraut nicht auf die Kräfte der Zivil-

gesellschaft, sondern setzt auf einen staatlichen Dienst und damit auf das falsche Pferd. Außerdem etabliert sie mit dem Nebeneinander von Jugendfreiwilligendiensten und Bundesfreiwilligendienst Doppelstrukturen, die teuer und überflüssig sind.

Doch es gibt auch eine gute Nachricht. Denn die massive Kritik von SPD, Ländern und vielen Verbänden hat Wirkung gezeigt: Bundesministerin Schröder kann den neuen Bundesfreiwilligendienst nur durchsetzen, indem sie ihn mit deutlichen Verbesserungen für die bestehenden Jugendfreiwilligendienste flankiert. Der Bund beteiligt sich künftig an allen FSJ- und FÖJ-Plätzen, und es gibt mehr Geld für Bildung.

Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik

Die schwarz-gelbe Bundesregierung redet von Integration und veranstaltet öffentlichkeitswirksame Integrationsgipfel. Doch das Handeln von Union und FDP sieht anders aus: Statt Integration voranzubringen, kürzt Schwarz-Gelb im Bundeshaushalt bei der Integrationspolitik und hält unbeirrt an zentralen Integrationshemmnissen fest.

Vernachlässigung der frühkindlichen Bildung

Der frühe Besuch einer Krippe hat besonders für Kinder aus Migrantenfamilien einen erheblichen positiven Einfluss auf den späteren Bildungserfolg. Doch die Union plant ein integrationsfeindliches Betreuungsgeld, das Kinder aus Kitas fernhält. Außerdem gefährdet Schwarz-Gelb durch Untätigkeit die Umsetzung des von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für Unterdreijährige ab 2013.

Vernachlässigung von Schulsozialarbeit und Schüler-BAföG

Wer eine erfolgreiche Integration durch Bildung will, der darf nicht erst nach dem Abitur ansetzen. Als die SPD-Länder auf dem ersten Bildungsgipfel 2008 in Dresden dem Bund vorschlugen, gemeinsam einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit zur Unterstützung der Schulen auch in ihren integrationspolitischen Zielen zu leisten, war es Annette Schavan, die das rundweg ablehnte. Zweitens hat Schavan bisher auch die SPD-Forderung abgelehnt, flächendeckend ein bedarfsabhängiges Schüler-BAföG für alle Oberstufenschülerinnen und -schüler einzuführen. Auch hier lässt Schwarz-Gelb Chancen ungenutzt.

Kürzung bei der Förderung von Ausbildungschancen

Nach wie vor besteht erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund. Aber die Bundesregierung kürzt im Bundeshaushalt 2011 bei der Berufsorientierung und bei der Ausbildungsförderung. Allein beim Bundesbildungsministerium werden 30 Millionen Euro zur Sicherung von Ausbildung in der Krise und in strukturschwachen Regionen gestrichen. Auch die Maßnahmen zur Berufsorientierung werden im Schavan-Haushalt um über 30 Millionen Euro gekürzt.

Vernachlässigung der Nachqualifizierung

Die Förderung der Nachqualifizierung von Migrantinnen und Migranten ohne Schul- oder Berufsabschluss ist ein zentraler Integrationsansatz. Aber die Bundesregierung verweigert sich der SPD-Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie und plant, den von uns eingeführten Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen des Schulabschlusses durch eine Ermessensleistung zu ersetzen.

Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung konterkariert die Integration in gute Arbeit, indem sie die aktive Arbeitsförderung drastisch reduziert. Allein 2011 sollen 2 Milliarden Euro im Bundeshaushalt sowie im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit gestrichen werden. Betroffen sind auch Bildungsleistungen in der Arbeitsmarktpolitik, darunter die Berufsausbildungsbeihilfe, die Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen, die Unterstützung des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses oder das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Stillstand bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Die bessere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ist ein Schlüssel zur besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Ein Anerkennungsgesetz ist längst überfällig. Doch Schavan hat bislang nur Eckpunkte vorgelegt. Eine Gesetzesinitiative hatte sie eigentlich zur Sommerpause 2010 versprochen, doch das Kabinett hat noch keinen Gesetzentwurf beschlossen. Stattdessen übt sich Schavan weiter im Ankündigen. Gleichzeitig werden die entsprechenden Gelder beim Bundesbildungsministerium gekürzt.

Vernachlässigung der Integrationskurse und der Migrantenberatung

Die Mittel für Integrationskurse müssten dringend aufgestockt werden. Doch im Haushalt 2011 stagnieren sie, obwohl dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schon 2010 aus dem laufenden Haushalt 15 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden mussten. Auch das reichte nicht. Teilnehmer ohne gesetzlichen Anspruch müssen derzeit mindestens drei Monate auf einen Kurs warten. Es ist völlig unverständlich, warum Kanzlerin Merkel erst in fünf Jahren allen einen Platz in einem Integrationskurs zur Verfügung stellen will. Die Union kritisiert Integrationsverweigerung, stellt aber nicht das Geld zur Verfügung, um integrationswilligen Migranten zügig einen Sprachkurs anzubieten.

Kürzung bei der Integration vor Ort

Die Mittel zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Stadtumbau, Stadtentwicklung, Soziale Stadt) werden massiv gekürzt. Das Programm „Soziale Stadt“ wird auf die investiven Aufgaben – das heißt auf bauliche Maßnahmen – konzentriert. Das bedeutet: Gerade die integrationspolitisch besonders relevanten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lebenslagen in den Städten sollen gestrichen werden.

Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft

Seit 2008 werden zahlreiche in Deutschland geborene Kinder optionspflichtig. Das heißt mit Volljährigkeit müssen sie sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Wir setzen uns für die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Die Bundesregierung hat lediglich angekündigt, die Erfahrungen mit der Optionspflicht zu evaluieren. Änderungen sind von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten.

Ablehnung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer

Wir fordern die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten, die seit mindestens 6 Jahren in Deutschland leben. Schwarz-Gelb verbaut ihnen mit ihrer Ablehnung den Weg, sich aktiv ins Gemeinwesen einzubringen.

Integration geht uns alle an

Populistische Debatten über „Multikulti“ oder Einwanderungsbewegungen, die es derzeit gar nicht gibt, und die fragwürdige Vermischung von sozialen und religiösen Aspekten lösen die Probleme in Deutschland nicht. Sie sind auch nicht angemessen für ein modernes aufgeklärtes Deutschland. Es bleibt viel zu tun, doch die Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die Bereitschaft aller, aufeinander zuzugehen und sich gegenseitig zu akzeptieren.

Integration braucht Chancen und Regeln

Klar ist, dass zur Integration neben dem Fördern auch das Fordern gehört. Das Beherrschen der deutschen Sprache, die Anerkennung der Gesetze und der Respekt vor den Werten unserer Gesellschaft gehören selbstverständlich dazu. Aber ein Wettstreit um die größten Strafen macht mehr kaputt, als die unsachliche Debatte ohnehin schon angerichtet hat.

Um jedem Einzelnen die Möglichkeit zu geben, sich weiterzuentwickeln und sein Wissen umzusetzen, bedarf es integrationspolitischer Weichenstellungen des Deutschen Bundestages, aber auch der Bundesländer.

Für die SPD-Bundestagsfraktion gehören dazu:

- die Bildungsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler kontinuierlich zu verbessern und individuelle Förderung auszubauen,
- die Sprachfähigkeiten der Kinder rechtzeitig auszubauen und mangelnde Sprachkenntnisse nicht mit fehlenden Talenten zu verwechseln,
- in der Jugendarbeit zeitgemäße Angebote bereitzustellen,
- Mittel für Sprach- und Integrationskurse aufzustoßen,
- im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse im Rahmen eines bundeseinheitlichen Anerkennungsgesetzes anzuerkennen,
- keine Kettenduldungen mehr zuzulassen und
- die doppelte Staatsbürgerschaft für alle Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen.

Unterteilung in „Ihr“ und „Wir“ überwinden

Am 25. November hat die SPD-Bundestagsfraktion anlässlich einer Veranstaltung über die Frage „Was ist deutsch im 21. Jahrhundert?“ mit Gästen diskutiert.

Eines vorweg: Die Frage, was deutsch ist im 21. Jahrhundert konnte natürlich nicht eindeutig beantwortet werden. Denn dafür gibt es wahrscheinlich so viele Antworten wie es Menschen in Deutschland gibt. In der zweistündigen Veranstaltung konnte vieles nur angerissen werden. Doch Frank-Walter Steinmeier kündigte die Veranstaltung als den Beginn einer Diskussion an, die Antworten finden soll, die länger tragen als bis zur nächsten Schlagzeile. Eine der vorrangigsten Aufgaben ist es, endlich die Trennung von „Ihr“ und „Wir“ aufzuheben. Das wurde von allen Teilnehmern betont.

Auch die Tatsache, dass das Thema Zuwanderung noch immer negativ besetzt ist und oftmals nur in Verbindung mit Gefahr gebracht wird, ist eine Aufgabe, die es zu meistern gilt. Die Wahrnehmung muss hingehen zu Vielfalt, zu Chancen, zu Offenheit und Modernität. Auch und vor allem angesichts der demographischen Entwicklung brauchen wir Zuwanderung in Deutschland. Das muss immer wieder deutlich gemacht werden.

Allianz für Fachkräfte

Mit der positiven, konjunkturellen Entwicklung wird auch die Klage über Fachkräftemangel in Deutschland laut. Richtig ist, dass der demographische Wandel auf dem Arbeitsmarkt angekommen ist und sich in den kommenden Jahren immer stärker auswirken wird. Auch wenn aktuell von einem allgemeinen Fachkräftemangel noch nicht die Rede sein kann, bestehen bereits in einzelnen Branchen und Regionen Engpässe. Aus dem bisher eher punktuellen Fachkräftengpass kann sich ein strukturelles, weitreichendes Beschäftigungsproblem entwickeln. Deutschland läuft Gefahr, einen gespaltenen Arbeitsmarkt hervorzubringen mit hoher Sockelarbeitslosigkeit auf der einen sowie Fachkräftemangel auf der anderen Seite.

Schwarz-Gelb hat keine Lösung

Die Bundesregierung wird dieser Herausforderung nicht gerecht. Anstelle einer ressortübergreifenden Strategie verharrt sie im koalitionsinternen Streit. Die Vorschläge aus der Koalition sind widersprüchlich und konzentrieren sich auf Fragen der Zuwanderung. Statt in Qualifizierung und Förderung von Arbeitslosen zu investieren, kürzt die schwarz-gelbe Bundesregierung Milliarden in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Doch die Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel können weder aktionistische Einzelmaßnahmen noch populistische Sprechblasen leisten.

Wir brauchen eine Fachkräftestrategie

Was Deutschland braucht, um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken, ist eine Allianz für Fachkräfte, an der Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit, die Regierungen von Bund und Ländern sowie die kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind. Deutschland braucht eine Fachkräftestrategie, die auf drei Prinzipien beruht:

1. Prinzip: Erwerbsbeteiligung mobilisieren – Inländische Potenziale ausschöpfen

Wir wollen vorhandene Potenziale der Bürgerinnen und Bürger, die bereits in Deutschland leben, mobilisieren und die Erwerbsbeteiligung erhöhen. Dieser Schritt hat für uns Vorrang vor der weiteren Öffnung des Arbeitsmarkts für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Ländern.

- Jeder Jugendliche und junge Erwachsene soll einen qualifizierenden Abschluss haben. Deshalb brauchen wir eine Ausbildungsgarantie und neue Chancen zur Berufsqualifizierung für Jugendliche ohne Schul- oder Berufsabschluss.
- Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist immer noch deutlich niedriger als die der Männer. Ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt, das Aufbrechen tradierter, beruflicher Rollenzu-



schreibungen und vor allem gleicher Lohn für gleiche Arbeit sind wichtige Voraussetzungen, um das zu ändern.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für Frauen und Männer durch eine familienorientierte Personalpolitik der Unternehmen, aber auch durch gute Rahmenbedingungen (z.B. Recht auf Kinderbetreuung) verbessert werden. Alleinerziehenden muss der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden.
- Ältere Beschäftigte werden auf dem Arbeitsmarkt dringend gebraucht. Wir sollten sie durch bessere Rahmenbedingungen länger im Berufsleben halten und diejenigen, die heute arbeitslos sind, wieder in Arbeit bringen.
- Das Potenzial der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten kann wirkungsvoll zum Tragen kommen, wenn wir im Ausland erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse endlich schneller und unkomplizierter als heute anerkennen und Angebote zur Nachqualifizierung bereitstellen.

2. Prinzip: Attraktive Arbeitsplätze - Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Vollbeschäftigung und Gute Arbeit sind die zentralen Ziele unserer Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Die gegenwärtige Debatte über den erleichterten Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland verkennt, dass bereits im nächsten Jahr die Möglichkeiten für die Gewinnung ausländischer Fachkräfte deutlich zunehmen. Am 1. Mai wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle Mitgliedstaaten der EU mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens gelten. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit bietet vielen Menschen neue Chancen und auch den hiesigen Unternehmen neue Möglichkeiten, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen.

Eine wichtige Voraussetzung für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ist aber die Durchsetzung klarer Spielregeln auf dem Arbeitsmarkt. Der europäische Gedanke würde diskreditiert, wenn Freizügigkeit zu breitem Lohndumping missbraucht würde. Deshalb muss auch in Deutschland endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt und Fairness in der Leiharbeit durchgesetzt werden. Hierzu zählt insbesondere die Durchsetzung des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Diejenigen, die heute am lautesten über den drohenden Fachkräftemangel klagen, haben ihn selbst ganz maßgeblich verursacht. Attraktive Arbeitsbedingungen, gute und gerechte Löhne, ein dem zukünftigen Bedarf angemessenes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen, ein umfassendes und hochwertiges Angebot an betrieblicher Weiterbildung, familienfreundliche Personalpolitik und Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Gesundheitsprävention im Betrieb – all das liegt in der Verantwortung der Unternehmen selbst.

Gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mangelt es aber aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen oftmals an einer mittel- und langfristigen Personalplanung. Deshalb wollen wir kleine und mittlere Unternehmen durch die Stärkung von Ausbildungsverbänden, Weiterbildungsnetzwerken und überbetrieblichen Beratungsstellen KMU unterstützen.

In den Berufsfeldern, in denen absehbar ein Fachkräftemangel drohen kann, brauchen wir abgestimmte Fachkräfteoffensiven. Das gilt für den MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ebenso wie für Sozial- und Gesundheitsberufe, z.B. Pflege.

3. Prinzip: Attraktiver werden für hochqualifizierte Fachkräfte

Der deutsche Arbeitsmarkt steht Akademikerinnen und Akademikern und Hochqualifizierten aus anderen Ländern offen. Das haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durchgesetzt. Denn wir wissen, dass unsere Volkswirtschaft gezielte Zuwanderung braucht, um den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften decken zu können. Wir wissen auch, dass schlaue Köpfe aus anderen Ländern neue, innovative Ideen, andere Sichtweisen mitbringen. Das sollten wir als Bereicherung verstehen und nicht als Bedrohung. Wir können im internationalen Wettbewerb um kluge Köpfe aber nur mithalten, wenn wir als Land attraktiv sind und eine „Willkommenskultur“ herausbilden.

Die bestehenden Einwanderungsregelungen müssen transparenter gemacht werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen brauchen Unterstützung bei der Rekrutierung von Akademikern und Hochqualifizierten. Dies gilt ganz besonders, wenn dringender Bedarf vorliegt. Wir wollen klare Zuständigkeiten und leistungsfähige Servicestellen.

Hier muss nach dem Prinzip eines „one-stop-shops“ vor allem jenen Unternehmen geholfen werden, die sich eine große und international verknüpfte Personal- und Rekrutierungsabteilung nicht leisten können. Diese Servicestellen sollen auf der anderen Seite für jene ausländische Akademiker und Hochqualifizierte unkompliziert erreichbar sein, die interessiert sind in Deutschland zu arbeiten. Es gilt schnell zu informieren, welche grundsätzlichen Regelungen hierfür gelten, welche Bedarfe es auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt und wie und wo sie suchende Unternehmen in Deutschland finden können.

Aktuell sehen wir grundsätzlich keinen Handlungsbedarf, neue Einwanderungsregeln zu schaffen. Lediglich in Berufen, in denen nachweislich ein Mangel an Fachkräften besteht, der nicht durch die schon jetzt sehr weiten Regelungen zu decken ist, sollten auf dem Ordnungswege schnell und unbürokratisch Lösungen geschaffen werden. Im Rahmen der geforderten Fachkräfteallianz muss vor dem Hintergrund der langfristigen demographischen Entwicklung und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beraten werden, ob zumindest zeitweise und partiell zusätzliche grundsätzliche Regelungen – auch für das Segment der mittleren Qualifikationen – erforderlich sind.

Verantwortung in afghanische Hände

Ende Januar wird der Bundestag über die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zu entscheiden haben. Die SPD-Bundestagsfraktion wird, wie bereits bei der letzten Mandatsverlängerung, ihre Entscheidung an eine Reihe von Kriterien knüpfen und in den kommenden Wochen ausführlich über das weitere Vorgehen diskutieren.

Den Auftakt bildete eine gemeinsame Veranstaltung von Partei und Fraktion am 14. Dezember im Willy-Brandt-Haus mit über 400 Teilnehmern. Damit hat sich die SPD als einzige Partei in Deutschland innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal auf einer öffentlichen Konferenz dem schwierigen Thema Afghanistan gewidmet und damit einmal mehr gezeigt, dass wir es uns bei unserer Entscheidungsfindung nicht leicht machen.

Geänderte Afghanistan-Strategie trägt unsere Handschrift

Im Vorfeld der letzten Mandatsverlängerung im Februar 2010 konnten wir eine Reihe von Forderungen durchsetzen, die größtenteils in die geänderte Afghanistan-Strategie eingeflossen sind und uns letztendlich die Zustimmung zur Verlängerung des Bundeswehreinsetzes möglich gemacht haben. Dazu gehörten die Forderungen nach

- Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau,
- Verstärkung der Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee,
- Intensivierung der Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes,
- einem Stopp zur Entsendung weiterer Kampftruppen,
- Übergabe der vollen Verantwortung für die Sicherheit im Land an die afghanischen Sicherheitskräfte bis 2014,
- Beginn der Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents im kommenden Jahr, analog zur Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Obama.

Regierung muss Rückzugszusagen einhalten

Wir stehen zu unserer Verantwortung in Afghanistan und den Menschen vor Ort. Aber wir erwarten von der Bundesregierung auch, dass sie ihre zu Beginn des Jahres gemachten Zusagen einhält, bereits im Jahr 2011 mit dem Abbau des eigenen Kontingents zu beginnen und bis 2014 die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen abschließt.

Wir haben kein Verständnis dafür, wenn Außenminister Westerwelle und andere Vertreter der Bundesregierung diesen Fahrplan infrage stellen, wenn sie von einem Rückzugsbeginn im Jahr 2012 sprechen. Wir erwarten hier Klarheit und Verlässlichkeit von der Bundesregierung.

Afghanistan wiederaufbauen – Korruption bekämpfen

Darüber hinaus fordern wir, dass die Mittel für den zivilen Wiederaufbau auf dem erreichten Niveau fortgeschrieben werden müssen. Eine Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie durch Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel voran getrieben wird, lehnen wir kategorisch ab.

Die Bekämpfung der Korruption in Afghanistan muss deutlich verstärkt werden. Dies belegt auch der Mitte Dezember von der Bundesregierung vorgelegte Fortschrittsbericht Afghanistan, der gerade in diesem Punkt den afghanischen Behörden ein verheerendes Zeugnis ausstellt. Wenn es nicht gelingt, die Korruption zurückzudrängen, werden die Menschen in Afghanistan kein Vertrauen in die Institutionen und deren Repräsentanten fassen können.

Fortschrittsbericht fehlt selbstkritische Analyse

Der vorgelegte Fortschrittsbericht der Bundesregierung zeichnet ein weitgehend realistisches Bild der Lage in Afghanistan. Er beschreibt, was bislang erreicht wurde, zeigt aber zugleich die Risiken und Unwägbarkeiten der kommenden Monate und Jahre auf. Leider versäumt es der Bericht, eine selbstkritische Analyse auch des deutschen Engagements der vergangenen Jahre vorzunehmen, so wie es die SPD in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen durch eine unabhängige, wissenschaftliche Evaluation gefordert hatte, der von den Koalitionsfraktionen jedoch abgelehnt worden war.

SPD prüft Regierungsantrag zur Mandatsverlängerung genau

Wir werden den von der Bundesregierung vorzulegenden Mandatstext sorgfältig prüfen und dann im Januar entscheiden, ob die von uns geforderten Kriterien erfüllt worden sind. Oberstes Ziel muss es sein, den Einsatz in einem Zeitfenster zwischen 2011 und 2014 zu einem guten Ende zu führen.

Gewerbesteuer stärken

Schwarz-Gelb fährt auch bei der Gewerbesteuer einen Zick-Zack-Kurs, der auf die Orientierungslosigkeit bei der Reform der kommunalen Finanzen zurückzuführen ist. Die Zusage des Bundesfinanzministers, die Gewerbesteuer nicht anzutasten, wurde durch den Koalitionsausschuss am 18. November wieder zurückgenommen. Dieses Hin und Her schadet den Kommunen, die eine klare und verlässliche Entscheidung zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung brauchen.

Die SPD unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung, die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden zu erhalten. Es gibt – das ist hin und her gerechnet worden – zur Gewerbesteuer keine ernsthafte Alternative. Am 2. Dezember hat die Fraktion dazu den Antrag „Klare Perspektiven für Kommunen – Gewerbesteuer stärken“ in den Bundestag eingebracht. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert:

- die Zusage einzuhalten, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt;
- alle weiteren Maßnahmen zur Aushöhlung der Gewerbesteuer durch eine Schmälerung der Bemessungsgrundlage zu unterlassen;
- die finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells (Erweiterung der Hinzurechnungen und die Einbeziehung der Selbständigen und freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht) zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zeitnah zu berechnen;
- die Beratungen der Gemeindefinanzkommission auf der Grundlage des Kommunalmodells fortzusetzen und zügig zu einem Abschluss zu führen;
- auf die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer zu verzichten; die Kommunen von Ausgaben für die soziale Sicherung zu entlasten und dies nicht von Änderungen bei der Gewerbesteuer und/oder der Einkommensteuer abhängig zu machen.

Internet-Abzocke bekämpfen

Die Medienberichte über Verbraucherinnen und Verbraucher, die Opfer von Abzocke im Internet wurden, häufen sich. Bei den Verbraucherzentralen gehen pro Monat rund 20.000 Beschwerden ein. Das Ganze funktioniert so: Über Anzeigen auf Suchmaschinen locken unseriöse Unternehmen Internetnutzerinnen und -nutzer auf ihre Seiten. Viele rechnen dort nicht damit, für Dienste oder Software zahlen zu müssen, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt. In gutem Glauben geben sie ihren Namen und ihre Adresse für eine vermeintliche Kunden-Registrierung an – und haben, ohne es zu merken, ein teures Abo oder einen kostenpflichtigen Zugang abgeschlossen. Die Ministerinnen Aigner und Leutheusser-Schnarrenberger kündigten wiederholt Regelungen an, handelten aber nicht.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion im Sommer ihren Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes initiiert. Mit einer Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches sollte eine so genannte „Button-Lösung“ für Vertragsabschlüsse im Internet eingeführt werden. Danach wird ein im Internet geschlossener Vertrag nur dann wirksam, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher einen gesonderten, besonders hervorgehobenen Hinweis („Button“) auf den Preis erhält und diesen durch Anklicken bestätigt hat. So wird Kostentransparenz im Internet gewährleistet und unseriösen Anbietern erschwert, Verbraucherinnen und Verbraucher durch unklare oder versteckte Preisangaben in Kostenfallen zu locken.

Am 2. Dezember hat Schwarz-Gelb unseren Gesetzentwurf abgelehnt. Es ist nur ein schwacher Trost, dass sich die Justizministerin in den Verhandlungen für die EU-Verbraucherrechterichtlinie für eine gesamteuropäische Lösung eingesetzt hat. Es war überfällig, dass die Koalition unseren Vorstoß jetzt zum Anlass für eine eigene Initiative genommen und mittlerweile einen Referentenentwurf zur Einführung der „Button-Lösung“ in Deutschland vorgelegt hat. Denjenigen, die bis dahin in Internet-Kostenfallen tappen, ist damit nicht geholfen. In ihrem Interesse wäre eine schnelleres und entschlosseneres Vorgehen der Bundesregierung notwendig gewesen.

Gorleben – gestern und heute

„Laufzeitverlängerung“, „Geheimabsprachen“, „100 Milliarden-Euro-Deal“, „Castor-Transport“ und „Zwangsent eignungen in Gorleben“. Das sind die Vokabeln der schwarz-gelben Atompolitik. Vor diesem aktuellen Hintergrund soll der 1. Untersuchungsausschuss „Gorleben“ Sachverhalte aufklären, die teilweise über 30 Jahre zurückliegen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der „politischen Einflussnahme“ der Kohl-Regierung im Jahre 1983.

Gab es eine politische Einflussnahme auf Geologen, Physiker und andere Experten? Haben wissenschaftliche oder politische Kriterien den Ausschlag für die Entscheidung pro Gorleben gegeben? Die schon jetzt im Untersuchungsausschuss belegten Antworten auf diese Fragen werfen dunkle Schatten auf die schwarz-gelbe Atompolitik – auf die gestrige und auf die heutige.

Der aktuelle Atom-Deal

Bundespräsident Christian Wulff machte mit seiner Unterschrift den Weg frei für ein höchst umstrittenes Atom-Gesetzpaket, dass jetzt nur noch in Karlsruhe gestoppt werden kann. Merkels Rückfall in den Atomstaat bedeutet im Schnitt zwölf Jahre längere Reaktorlaufzeiten – einige Reaktoren werden durch die Neuzuteilung der Stromproduktionsmengen sogar bis 2040 oder 2050 am Netz bleiben, rund 5.000 Tonnen zusätzlichen Atom-müll – und für Gorleben: Enteignungen von Landbesitzern im großen Stil. Denn gestern wie heute setzte und setzt Schwarz-Gelb in Gorleben auf ein Erkundungsverfahren, dass ohne den öffentlichen Dialog mit Bürgern auskommt. Kohl und Merkel haben sämtliche Entscheidungen gegen den Willen und ohne Beteiligung der Menschen im Wendland getroffen. Auch die aktuellen „Gesprächsversuche“ von Umweltminister Röttgen fanden in Gorleben erst statt, nachdem die Entscheidung zu Enteignungen in Berlin bereits gefallen war. Das ist kein Dialog, das ist ein Hohn. Große Medien-Show, die nur provoziert. Das Modell Geißler-Stuttgart kann Röttgen getrost vergessen.

Keine Chance für die Wissenschaft

Auch die Ignoranz gegenüber Wissenschaftlern war gestern und ist noch heute Alltag in Gorleben. Die Zeugenvernehmungen von renommierten Forschern wie Duphorn, Grimm, Nickel und Appel, die alle den Salzstock Gorleben als nicht geeignet einstufen, haben das belegt. Sie wurden zunächst zensiert und dann ausgebootet. Für den Untersuchungsausschuss sind diese Wissenschaftler die personifizierte „politische Einfluss-

nahme“ der Kohl-Regierung. Diese methodische Unterdrückung der Wissenschaft ist evident - und zwar bis heute: Vor etwa zwei Monaten musste die Bundesregierung im Umweltausschuss erhebliche Zweifel an der Eignung des Gorlebener Salzstocks einräumen. Ein Vertreter vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) – einer Bundesbehörde – gab zu: In den Salzstock Gorleben läuft Wasser (wie in die Asse) und es gibt dort Gas. Für die Merkel-Regierung kein Problem: Sie will nach wie vor dort hochradioaktiven Atommüll mit einer Kerntemperatur von 100 Grad und mehr einlagern. Heißer, strahlender Müll soll eine Million Jahre in der Nähe von Gas lagern. Das sind die schwarz-gelben Sicherheitsstandards.

Von Kohl-Merkel zu Merkel-Röttgen.

Auch hier herrscht Kontinuität: Die heutige schwarz-gelbe Regierung versucht die Manipulationen und Fehler der früheren schwarz-gelben Regierung reinzuwaschen. Im Untersuchungsausschuss stellt das eine Missachtung des Auftrages dar. Doch fest steht schon jetzt: Im Jahre 1983 musste Gorleben einfach her, weil in diesem Teil Deutschlands eine konservative Landes- und Bundesregierung auf wenig Widerstand hoffte. Politischer Druck überrollte wissenschaftliche Expertisen. Die Atomindustrie brauchte und wollte einen Endlager-Standort. Also wurde Gorleben erkundet. Je mehr Beweise der Untersuchungsausschuss für die politische Einflussnahme liefert, umso deutlicher wird die schwarz-gelbe Kontinuität in der Gorleben-Frage: Merkel und Röttgen machen dort weiter, wo Kohl und Merkel aufgehört haben.



Cancún nutzen – Konsequenzen ziehen

Die Erwartungen an die Klimakonferenz in Cancún waren nach dem gescheiterten Gipfel in Kopenhagen 2009 eher gering. Daher werten wir es insgesamt als einen wichtigen Schritt, dass sich 193 Staaten mit Ausnahme von Bolivien auf einen Beschluss geeinigt haben. Darauf muss nun aufgebaut werden, damit im kommenden Jahr in Durban (Südafrika) ein verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll erreicht werden kann. Die Zeit ist knapp und der fortschreitende Klimawandel verbietet jegliches Ausbremsen.

In Cancún wurden die Weichen richtig gestellt. Diesmal haben auch China und die USA zugestimmt. So wurde das Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung beschlossen. 2013 bis 2015 soll sogar geprüft werden, ob es ein 1,5-Grad-Ziel geben muss. Auch wurde in Mexiko eine klare Vorgabe einer Spannbreite der CO₂-Senkung in den Industriestaaten von 25 bis 40 Prozent gemacht. Und es gibt Beschlüsse zu Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern, zum Technologietransfer z. B. für

Erneuerbare Energien, für den Waldschutz und für die Einrichtung eines Finanzierungsfonds für diese Maßnahmen. Allerdings fehlt nach wie vor die verbindliche Festschreibung konkreter und ambitionierter Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes.

Bis zur Konferenz in Durban gibt es noch viel zu tun. Deutschland muss sich wieder klar für den Klimaschutz positionieren und den Pfad der Energiewende und der technologischen Modernisierung gehen. Zwar hat sich Umweltminister Röttgen nach Cancún zum 30-Prozent-CO₂-Minderungsziel für Europa bekannt, allerdings schweigt die Kanzlerin. Sie muss sich in den kommenden Monaten durch die Nutzung der diplomatischen Klaviatur bei den europäischen Staatschefs dafür einsetzen, dass Europa diesen Schritt endlich tut und nicht wartet bis auch die langsamsten Staaten zum Handeln bereit sind. Und Deutschland muss seine Zusagen an die Entwicklungsländer einhalten und die „neuen und zusätzlichen“ Zahlungen auch zu 100 Prozent leisten, anstatt zu tricksen. Nur so kann Vertrauen zurück gewonnen werden.

Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausbauen

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme. KWK kann sowohl in Ein- und Mehrfamilienhäusern sowie Industriebetrieben als auch in Großkraftwerken eingesetzt werden. Durch den Einsatz dieser Technologie lassen sich bis zu 40 Prozent der eingesetzten Primärenergie gegenüber einem getrennten Bezug von Strom und Wärme einsparen. KWK ist eine Hocheffizienztechnologie, die dem Klimaschutz dient und sich für die Verbraucher preissenkend auswirkt.

Darüber hinaus sind in der KWK-Branche ca. 40.000 Menschen beschäftigt, was sie zu einer Spitzentechnologie „Made in Germany“ macht. Der Anteil der KWK am deutschen Strommix stagniert jedoch seit vielen Jahren auf einem Niveau von ca. 12 Prozent.

Die Bundesregierung hat zu Zeiten der Großen Koalition in ihrem Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) im Jahr 2007 als erste Maßnahme zur Erreichung ihrer Klimaschutzziele den Ausbau

der KWK auf 25 Prozent am deutschen Strommix bis zum Jahr 2020 beschlossen. Nur knapp drei Jahre danach wird KWK von der schwarz-gelben Regierung in ihrem aktuellen Energiekonzept der Bundesregierung zu einer Randerscheinung degradiert. Die Folge werden ausbleibende Investitionen und der Verlust von Arbeitsplätzen sein.

Deshalb hat die SPD gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, das Ziel, mindestens 25 Prozent des Strombedarfs bis zum Jahr 2020 aus KWK zu decken, beizubehalten und die Stellung der KWK als wichtige Effizienz- und Klimaschutztechnologie auch in zukünftigen Energiekonzepten nicht in Frage zu stellen. Im Jahr 2011 sind im Rahmen der Überprüfung geeignete Änderungsvorschläge zu unterbreiten, damit das 25 Prozent-Ziel erreicht werden kann. Darüber hinaus soll die Bundesregierung verschiedene Fördermaßnahmen des Bundes auf den verstärkten KWK-Ausbau abstimmen.



„Für Vollbeschäftigung kämpfen“

Um die Debatte für Vollbeschäftigung und sichere und gesunde Arbeit voranzutreiben, hat die SPD-Bundestagsfraktion rund 250 Betriebs- und Personalräte und Schwerbehindertenvertreter aus ganz Deutschland zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier dankte den InteressenvertreterInnen für die Arbeit in den vergangenen Monaten. Er betonte, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Hauptanteil am aktuellen Wirtschaftsaufschwung haben. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz wäre die Überwindung der Wirtschaftskrise in dieser Form nicht möglich gewesen. Es reicht jedoch nicht, dass Men-

schen irgendwelche Arbeit haben. Das Ziel ist „Gute Arbeit“. Vor allem in der Leiharbeit sind viele Beschäftigte von dem Problem niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen massiv betroffen.

Ein zentrales Thema war die psychische Belastung im Berufsleben. Mittlerweile führen daraus resultierende Erkrankungen zu den längsten Fehlzeiten im Job überhaupt. Es ist somit nicht überraschend, dass das Thema „Burn-Out-Syndrom“ in aller Munde ist.

Die Gesundheitspolitik und die praktischen Probleme von Schwerbehinderten in den Betrieben wurden erörtert und über neue integrative Ansätze für die Arbeit in den Unternehmen informiert.

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht untergraben

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) erfüllt wichtige Aufgaben. Schwarz-Gelb gräbt der WSV das Wasser ab. Die Regierungskoalition plant einen radikalen Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, der auf eine Zerschlagung hinausläuft. Bisherige Aufgaben sollen an Dritte ausgliedert werden, verbunden mit einem drastischen Wiederbesetzungs- und Beförderungsstopp. Dabei leistet die WSV mit ihren sieben Direktionen, 39 Ämtern und rund 13.000 Beschäftigten wichtige Aufgaben; von der breiten Präsenz vor Ort profitiert die regionale Wirtschaft, die ihre Transporte über Häfen und Wasserstraßen abwickelt. Schwarz-Gelb will die WSV nun „auf ihre Kernaufgaben“ konzentrieren. In einem Antrag für den Haushaltsausschuss des Bundestages haben die Koalitionsfraktionen das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgefordert, ein Reformkonzept zu erarbeiten.

Dabei herrschte an Konzeptpapieren und Reformplänen zur WSV wahrlich kein Mangel. Seit 1993 hat diese aufgrund von Rationalisierungen bereits ein Viertel ihres Personals eingespart. Wer hier weiter kürzt, spart am falschen Ende. Denn auch Vergabe muss begleitet werden und bindet Personal.

Bereits in den vergangenen Wahlperioden ist die WSV auf unsere Initiative hin in Bezug auf ihre Aufgaben, Struktur und Größe modernisiert worden – behutsam und im engen Dialog mit Beschäftigtenvertretern und Gewerkschaften. Hintergrund waren auch steigende Anforderungen an die WSV in den Bereichen Umweltschutz und Tourismus. Damit, warnen Fachleute, sind die Einsparpotenziale ausgereizt. Einen Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lehnen wir als SPD ab.

Personalien und in eigener Sache



Daniela Kolbe designierte Vorsitzende der Enquête-Kommission

»Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«

Die 30jährige Diplom-Physikerin und Leipziger Abgeordnete ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. „Ich freue mich auf diese Herausforderung. Ich erwarte eine konstruktive und sachorientierte Arbeit, die in tragfähige Ergebnisse mündet. Unsere Arbeit muss langfristig Bestand haben, denn die Maßstäbe für ein neues, wertvolles Wachstum und solidarischen Fortschritt können wir nicht alle vier Jahre über den Haufen werfen“, so Daniela Kolbe.



Peter Friedrich Sprecher der AG der Enquête-Kommission

»Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«

Der 38jährige vertritt seit 2005 den Wahlkreis Konstanz im Deutschen Bundestag. Er ist außerdem seit 2009 Generalsekretär der SPD Baden-Württemberg und Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für den Mittelstand und die freien Berufe. „Wenn es uns nicht gelingt, die Frage des Primats der Politik im Rahmen der Demokratie ins Zentrum der Debatte um neues Wachstum zu stellen, dann werden wir vielleicht über Zukunftsmärkte reden; aber wir werden keine Zukunftsfähigkeit für die Menschen in diesem Land erreichen“, stellte Peter Friedrich fest.

Fraktion Intern per E-Mail beziehen

Wer von unseren Leserinnen und Lesern die Fraktion Intern in Zukunft nicht mehr gedruckt und per Post, sondern digital und per E-Mail erhalten möchte, kann diesen Wunsch an oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de schicken. Neben der E-Mail-Adresse benötigen wir außerdem den Namen, Postanschrift und soweit vorhanden die SPD-Mitgliedsnummer, um die Adresse für den Postversand zu sperren. Umso mehr sich für den E-Mail-Versand entscheiden, desto mehr Porto kann eingespart werden.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint voraussichtlich am 7. Februar 2011
Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de

★ **Wir wünschen alle unseren Leserinnen und Lesern** ★
ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Alexander Amersberger, Rosina Baumgartner, Jutta Bieringer, Marion Binder, Robert Ernecker, Leonie Gebers, Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Nicole Maschler, Vera Nicolay, Dirk Sawitzky, Matthias Will

Illustrationen und Fotos: Andreas Amann (S. 15), Bilderbox (S.2, 9), Thomas Köhler/photothek.net (S.12), picture-alliance/dpa (S.6) Susanne Voorwinden nach picture-alliance/dpa-Infografik (S. 4), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-530 48 Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden / J. miller

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet